

Information nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

(Sozialamt)

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung <small>(Name Behörde, Sitz, Kontaktdaten, vertretungsberechtigte Person / Leitung)</small>	Zuständiges Sachgebiet <small>(Ansprechpartner/in, Kontaktdaten)</small>
Gemeinde Schwindegg Mühdorfer Straße 54 84419 Schwindegg Telefon: +49 8082 9304-0 E-Mail: poststelle@gemeinde-schwindegg.de Roland Kamhuber	Sonja Hingerl Telefon: +49 8082 9304-0 E-Mail: poststelle@gemeinde-schwindegg.de Juliane Luber Telefon: +49 8082 9304-25 E-Mail: Juliane.Luber@gemeinde-schwindegg.de
Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	
actago GmbH Straubinger Straße 7, 94405 Landau	Telefon: +49 9951 99990-20 E-Mail: datenschutz@actago.de
Stand: 04.02.2021	

Ihre Daten werden zu folgendem Zwecke erhoben:

- um den Antrag auf Rente bzw. Kontenklärung aufzunehmen
- im Zusammenhang mit der Beantragung von sozial gefördertem Wohnraum gem. Wohnungsbindungsgesetz bzw. Wohnraumförderungsgesetz
- Hilfe für Obdachlose
- Antrag auf Wohngeld, Grundsicherung und Schwerbehinderung
- Verwalten der organisatorischen Abläufe und Abrechnung, KiTa-Anmeldung
- Bedarfsplanung für die KiTa
- Verwaltung der organisatorischen Abläufe und Abrechnung (Gastschulverhältnisse, Schulverbund, Mittagsbetreuung, Schülerbeförderung)

Die Rechtsgrundlage, auf der Ihre Daten erhoben werden, ist:

- Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) - e) DSGVO in Verbindung Art. 4 Abs. 1 BayDSG
- Gemeinderatsbeschlüsse
- BayWoBindG / BayWoFG
- Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO)
- BayKiBiG
- LStVG, Obdachlosensatzung
- SchKfrG, BayEUG, Verbundsvereinbarungen
- Sozialgesetzbücher (SGB I – XII), WoGG, BuT

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

- Landratsamt
- Jugendamt
- Polizei, Jobcenter
- Verkehrsbehörde, Schulamt
- Auftragnehmer Schulbeförderung, Schulen, Wohnsitzgemeinden
- zuständiger Träger der Deutsche Rentenversicherung und zuständige Krankenkasse, Amt für Familie und Soziales
- Vermieter und Hausverwaltungen

Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation:

Es findet keine Übermittlung an Drittländer oder internationale Organisationen statt.

Speicherungsdauer der Daten, bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherungsdauer:

- Ihre Daten werden nach der Erhebung bis zum Versand gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gem. SGB für die jeweilige Aufgabenerfüllung (Antragstellung Rente bzw. Kontenklärung) erforderlich ist
- Die Löschung der erfassten personenbezogenen Daten erfolgt 5 - 10 Jahre nach Abschluss des Vorgangs

Information zu Betroffenenrechten:

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
- Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz:
Prof. Dr. Thomas Petri, Postfach 22 12 19, 80502 München
Telefon: +49 89 212672-0 oder E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

Widerrufsrecht bei Einwilligung:

Wenn Sie in die Datenerhebung durch den oben genannten Verantwortlichen durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten:

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus oben genannten Rechtsgrundlagen.

Wir benötigen Ihre Daten, um Ihre Berechtigung, unter Berücksichtigung der Rang- bzw. Einkommensstufe, bei der Vergabe von sozial gefördertem Wohnraum ermitteln zu können.

Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.